

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag achteckig. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis für Haushalten beträgt 2.— Mark monatlich ohne Porto. Bezugsbedingungen sind bei jeder Jahrs-Zahlung oder Monatsbeginn zu erfragen. Für den Anzeigen-Nachnahme: Jede Zeile viermalig.

Ein Sanierungsprogramm.

Die Goldtribüne ist gesichert.

Paris, 21. Februar. Das Komitee Mac Kenna hat in seiner gestrigen Sitzung neue ziffermäßige Angaben über den tatsächlichen Arbeitsstand über den Umfang der deutschen Auslandsguthaben entgegengenommen. Das Komitee dürfte sich heute noch neuem vernehmen und den ersten Teil seines Berichtes bereits Ende dieser Woche abschließen. Der Vorratsschuss des ersten Komitees ist nicht zusammengefallen. Seine Mitglieder haben zurzeit den Entwurf der Ausgaben der neuen Goldnotenbank in Händen. Der mit der Prüfung des deutschen Staatshaushaltes beauftragte Untersuchungsrat hat seinen Bericht abgeschlossen und wird ihn Freitag dem Komitee Dames unterbreiten. Dieser Bericht bezieht sich auf den deutschen Staatshaushalt 1924/25. Der Untersuchungsrat behauptet jedoch unvorsichtig mit dem Studium des Budgets für die folgenden Jahre zu beginnen und keine Schlussfolgerungen in einer besonderen Bericht abzugeben. — Das Komitee Dames wird sich heute mit der Frage der deutschen Monopole auseinandersetzen und einen ersten, von italienischen und französischen Sachverständigen verfassten Bericht entgegennehmen.

Am Quai d'Orsay äußert man sich nach wie vor zu den Meinungen der Morgenblätter, wonach die Pariser Regierung mit dem Vorschlag der Sachverständigen auf wirtschaftliche Reparationen und Beschränkung der Militärausgaben, sehr zurückhaltend und bescheiden diese Meinung als vorläufig. In einzelnen Kreisen vertritt man die Ansicht, daß die französische Regierung ursprünglich von einem wirtschaftlichen Abbau der Rüstungsproduktion nichts wollte, sich aber angesichts der neuen Ergebnisse auf dem Demontiermarkt eines besseren besonnen habe. Der „Temps“ tritt heute in seinem Leitartikel lebhaft für die internationale Lösung des Reparationsproblems ein. Das Blatt vertritt die Ansicht, daß eine günstige Minderungs- und Sicherungsprogramm, denn eine internationale Lösung, so meint der „Temps“, mache es Deutschland unmöglich, seine Lustlust zu den Waffen zu nehmen.

Ein Mitarbeiter des „Temps“ behauptet, daß die Sachverständigen zu folgenden Schlüssen gekommen seien:

1. Gründung der Goldnotenbank unter den bekannten Bedingungen.
 2. Ganzjährige Aufhebung von den Maßnahmen, die zur Angleichung des deutschen Staatshaushaltes ergreifen werden müssen.
 3. Schaffung eines besonderen Budgets zur Zahlung der Reparationen. Im Anfang des Monats März würde ein Betrag aus diesem Budget dem Reich zur Auslieferung zur Verfügung gestellt werden.
 4. Die Sachverständigen sind der Ansicht, daß während der Dauer des Reparationsausgleichs die Sachleistungen auf die Reparationen beschränkt sein können.
 5. Auf die Reparationsleistungen soll eine internationale Anleihe in Höhe von 10 Milliarden Goldmark aufgenommen werden. Dieser Betrag würde dazu verwendet, einzufrieren den Zustand der deutschen Finanzen zu verbessern und andererseits sofort Zahlungen an Frankreich und Belgien zu leisten.
- Die Sachverständigen hätten sich schließlich das Wort gegeben, die franco-belgische Offizipation, an der Ruhr, soweit sie militärischen Charakter hat, unverändert zu lassen, doch tritt sie für den Abschluß der wirtschaftlichen Disputation ein. In der französischen Presse steht im übrigen das Verhältnis über die Schlussfolgerungen der beiden Komitees weiter, immerhin dürfte die vorliegenden Angaben des „Temps“ als glaubwürdig erscheinen.

Paris, 21. Februar. Reichsministerpräsident Dr. Schmidt trat gestern abend jene Kreise nach Berlin an. Schmidt hat gestern sehr viele mit den Sachverständigen verhandelt. Von unterirdischer Seite wird behauptet, daß die letzte Sitzung am 20. Februar von Dr. Schmidt als vorgefallene Goldtribüne nach dem Verlauf der Pariser Verhandlungen des Reichsministerpräsidenten geendet sei.

Die Pläne für Änderung der Ruhrbesetzung.

Paris, 21. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) „Es ist Berlin“ veröffentlicht zu den Sachverständigen der französischen Regierung und den französischen Mitarbeitern der Sachverständigenausschüsse eine ebenfalls offizielle Mitteilung, in der es u. a. heißt: „Im Verlaufe der Dienstag erhaltene Zusammenkunft in dem neuen Besatzungsbereich. Die Sachverständigen dürften ihre Berichte erst nach Ablauf von zwei Wochen einreichen. Gegenwärtig studieren sie die Statuten der Goldnotenbank.“

Die Hauptfrage, die noch einer Lösung harret, bezieht sich auf die von Deutschland zu leistenden Reparationen des Reparationsausgleichs zu leistenden Reparationen. Für diese können einige Minderungen der gegenwärtigen Form der Ruhrbesetzung zur Anpassung an ein allgemeines Reparationsprogramm erörtert werden.

Für eine eventuelle Wiederherstellung der öffentlichen und privaten Schuld Deutschlands müßten bestimmte Garantien ergriffen werden, die eine Aussicht auf die Bezahlung der Reparationen nach Ablauf des Reparationsausgleichs bieten. Bis jetzt haben hierüber nur offizielle Unterhaltungen stattgefunden. Poincaré ist einer bestimmten Lösung noch nicht nahegetreten.

Japan in den Spuren Poincares.

Berlin, 21. Februar. Japan hat gestern den Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten einberufen. Japan schilderte ausführlich die Lage der französisch-belgischen Regie und die Verhältnisse in der Rhein-Ebene. Er spielte u. a. auch auf die Lage in der Pfalz an. Hinsichtlich der Unterzeichnung, die die beiden Sachverständigenausschüsse soeben in Berlin unterzeichnet haben, macht Japan verschiedene Angaben über die Ergebnisse, die er für sich mit den belgischen Mitgliedern der beiden Ausschüsse gefordert hat. Demnach seien die Belgier weit über ihre Kräfte von der Gefährlichkeit, mit der die Reichsregierung ihr Budget demontiert, getroffen zu bezweifeln. (1) Der geringe Satz, den die deutschen Inter-

tionen an Steuern entrichteten, hätte die Sachverständigen ebenfalls in größtes Erstaunen versetzt. (!) Japan fügte hinzu, es besthe begründete Aussicht darauf, daß die Sachverständigenarbeiten in kürzester Zeit abgeschlossen werden. Man sei bereit, eine Reihe von Anträgen, soweit sich diese vereinbaren lassen, auszugeben. — Im Hinblick auf die Rede des Außenministers empfand sich eine Disziplin. Auf Veranlassung Dymans sprach die Kommission der Regierung ihr Vertrauen aus.

Französische Ruhrbilanz

Steigerung der Produktion im Industriegebiet.

Paris, 21. Februar. Eine offizielle Bilanznote, die gestern abend in den Mitternachtsstunden veröffentlicht wurde, hat die diesjährige Erzeugung des Industriegebietes der Produktion von 1921/22 fast vollständig überbieten. In einzelnen führt die Note aus:

Der Ertrag der Kohlengruben betrug Anfang Februar 1924 bereits 88 Prozent der Produktion von 1922. Vor Ende des laufenden Monats wird der Ertrag der Gruben 100 Prozent ausmachen. Einige Gruben überschreiten sogar bereits ihre Produktion von der Belegung, und zwar befindet sich die Produktion im 100-125 Prozent. Die Ausfuhr von Kohle betrug die Produktion Anfang Februar bereits 66 Prozent der normalen Mäße und nimmt ständig zu, so daß Ende Februar 75—80 Prozent erreicht werden dürften. Die Leistungsfähigkeit der Arbeiter übersteigt die vor der Belegung um 19 Prozent und erhöht sich zusehends.

Die französisch-belgische Note ist zuseit in der Lage, die angeforderte Zahl an leeren Waggons zu liefern, so daß der Verkehr über die Ruhr in sehr beträchtlicher Weise abgibt. Die Ausfuhr nach dem westlichen Gebiet und nach dem Ausland wächst dauernd. Die Metallindustrie, deren Tätigkeit bei Aufgabe des belgischen Widerstandes gleich null war, schafft jetzt 65 Prozent ihrer Produktion von 1922. Gemälde-Konzerte haben es sogar auf 100 Prozent ihrer früheren Leistungsfähigkeit gebracht. Der Verbrauch der Metallwaren steigt ständig an. Der Verbrauch von Eisenblech ist um 1200 Tonnern, 2/3 nach dem westlichen und 1/3 nach dem Ausland, ausgeführt.

Wohlgemerkt, das ist ein Bild der wirtschaftlichen Lage an der Ruhr, wie es aus dem französischen Spiegel zurückgemalt wird. Die Franzosen haben immer das gleiche Verbot daran, daß wieder gerichtet wird. Im Gegensatz zum Generalstab, wie die der deutschen Wirtschaft berichtet, ist die monatlich wenigstens einmaligen die Berichte in Gang zu halten. Der offizielle französisch-belgische Bericht, als ob im Ruhrgebiet alles in letzter Ordnung wäre. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß die Wiederherstellung der Ruhrindustrie nur eine Frage der Zeit ist, falls nicht die unersättlichen Forderungen der Westmächte und der Belegung aufgehoben werden.

Die Racheaktion gegen die Pfalz.

Rechtsperre in Birmansien.

Birmansien, 21. Februar. Die Repräsentanten der französischen Besatzungsmacht gegen die Pfalz, die von ihr beschuldigt werden, an der Verhinderung der Separation beteiligt gewesen zu sein, dauern immer noch fort.

Der französische Pfalzkommandant von Birmansien, Vincenz, erstigt eine Bekanntmachung, in der in Zusammenhang des Beschlusses des kommandierenden Generals der 11. Infanteriedivision zur Kenntnis gebracht wird, daß zur Verhinderung irgendwelcher Verabredungen zwischen einer Pfalz von 100 Geistes aus allen Besatzungsmächten angeordnet wurde. Die Pfalz sollen, wenn Attentate verkommen, sofort durch die Franzosen eingekerkert werden und müssen alle aus dem Verhalten der Bevölkerung sich ergebenden Folgen tragen.

Birmansien, 21. Februar. Nach einer Mitteilung der Rheinlandkommission werden über den Bezirk Birmansien folgende Maßnahmen verhängt: Verbot des Verkehrs bei Tag und Nacht von Personen- und Kraftwagen, Motor- und Fuhrwerken. Verbot des Verkehrs von 7 Uhr abends bis 6 Uhr früh. Bis auf weiteres Verbot des Wochenausgangs in der Stadt Birmansien.

Die Pfalzfrage vor dem Reichstage.

Die letzte Sitzung vor dem Reichstag.

Berlin, 20. Februar. Nach fast unvorstellbarer Dauer hat der Reichstag seine Verhandlungen am Mittwoch wieder aufgenommen. Wahrscheinlich ist es die letzte Sitzung vor der Neuwahl. Es geht aus dem Schlußwort des Reichstagspräsidenten, Dr. Stresemann, bei dem Vertrage mit Österreich über die Rheinlande und die Pfalz, daß die Rheinlande dem Reichstag übergeben werden. Die Rheinlande sind dem Reichstag übergeben worden. Der Reichstag verhandelt dann eingehend über die Pfalzfrage; anlässlich der von allen Parteien dem Reichstag einmündigen Interventionen, die sich gegen die Separationbewegungen richten. Man kann erwarten, daß die Pfalzfrage in der nächsten Sitzung zur Sprache kommen wird.

Der Zentrumsvizepräsident Dr. Mann hat in der Sitzung die Rheinlande dem Reichstag übergeben. Er hat sich besonders über die Rheinlande und die Pfalz, die dem Reichstag übergeben werden, ausgesprochen. Er hat sich besonders über die Rheinlande und die Pfalz, die dem Reichstag übergeben werden, ausgesprochen. Er hat sich besonders über die Rheinlande und die Pfalz, die dem Reichstag übergeben werden, ausgesprochen.

Nie wieder Krieg!

Die beginnende Wöhrer der Massen vom Schlagwort.

„Nie wieder Krieg“, so lautet die wohl jene herrliche Parole, mit der in verhängnisvollen Zeiten leider mit mehr als verhängnisvoller Wirkung alle die Kräfte freudig gingen, die vor allem dafür verantwortlich gemacht werden müssen, daß die wirtschaftliche der Wöhrer sich selbst durch schamlose Enttäuschung nach politischen und wirtschaftlichen Spielball auch der unheimlichsten Kräfte aus der europäischen Barbareie herabwürdigte. Ehrlich gerührt durch jahrelange unerbittliche Strapazen auf der einen Seite, aber zum nicht geringen Teil verblüdet und verlorien auf der anderen Seite, können trübsinnige Massen begeistert in den wunderlichen Ruf ein, und „nie wieder Krieg“ tönte es auf allen Gassen, als man sich über die aber auch vorzeitig triumphierende der Massen an die Wand stellte. „Nie wieder Krieg“ war zweifellos ein zugkräftiges Schlagwort, dem aus tiefen inneren Herzen alle alten Weiber mütterlich und weiblichen Geschlechtes zustimmen konnten, bis man mit der Nase recht empfindlich auf die Reklame der Weiblichkeit getroffen wurde.

„Nie wieder Krieg“, das war der Ruf, mit dem alles, was zur sozialistischen Jagde bildungslos war, den sogenannten „Militarismus“ meinte isolieren zu können, weil gerade ein hartes, wohlbehütetes Heer allein für Ruhe und Sicherheit im Lande unter allen Umständen zu garantieren vermochte. Bis nun endlich, mit die letzten Kräfte in Gabel, Ehringen und über seiner Verbannung, jenseits jedoch in ein Lager trieb, aber jener Verbannten, auch die letzten Massen durch trübselige Erfahrungen empfinden gelernt haben, daß mit solcher schwächlichen Weisheit resignierter Kummerlinge politische Geschäfte nimmermehr zu treiben sind. Hier aus recht einmalig vertriebenen parteipolitischen Gründen hatte man nun einmal in diese Horn gelassen, von dessen verführerischer Melodie man sich gelobte Verge versprochen, und weil man einmal A gesagt hat, muß man nun auch B sagen, den inzwischen vielleicht hundemal verfluchten Laus zuhören. Denn auch der am Geist Vermittler kann sich heute wohl kaum mehr der Gedanken verweigern, daß es — natürlich neben vielen anderen Gründen — doch nicht zulezt dieser traurige Phrasen war, die taufende und abertausende sozialdemokratische Pfähler in ein anderes Lager trieb, aber jener Mannesmut und christlicher Mannesmut mehr gefaßt, als noch so schön ausgesprochen, noch so glänzende und buntschöne Seifenblasen theoretischer Lebenslehre.

Aufrechte Manneskraft hat in allem weltgeschichtlichen Geschehen noch immer mehr andere Früchte getragen als weinerliche Schwäche, mochte diese sich in ihrer Verteidigung oder besser Aufzuchtigung auch noch so schön und sinnlos drapieren. Die letzte Lösung hat, soweit wir in den Annalen der Geschichte zurückblättern mögen, nichts als das Schwerk gebragt. Wehe dem Volke, das über halbes theoretischer Epizentren den Waffensoll, die Waffentruhe und das untrügliche Gefühl für Waffenehre eingebüßt hat! Zimmerlicher Fronten unter der kraftvollen Hand des Stärkeren wird stets und überall sein künftiges Los bleiben. Man braucht da nur auf nach Millionen stehende Volksgemeinschaften, wie Indien und China, zu verweisen.

Doch warum in die Ferne schweifen? Gelunde Wöhrer haben sich im Weltgeschichtlichen Augenblick noch immer auf das besonnen, was in dieser Beziehung die bittere Notwendigkeit erfordert, und haben dann weitblickende Theoretiker vernünftigeren Taten die Theorie sein lassen. In diesen kritischen Tagen gilt England dafür wieder ein klassisches Beispiel. Die Regierung ist zwar zurzeit jeder Partei in die Hände gegeben, die nun einmal ihrem internationalen Programm gemäß den sogenannten Militarismus aufs schärfste bekämpfen muß. Trotzdem weh man sehr wohl, zum Besten des Vaterlandes den strengen Erfordernissen der Stunde Rechnung zu tragen.

Daß die gewaltigen Kampfmittel zur Luft, über die Frankreich zurzeit verfügt, eine handige und außerordentlich schwere Bedrohung Englands darstellen, darüber kann ein Zweifel nicht abgemittelt. Vernünftigerweise sucht man dieses gefährliche Mißverhältnis nicht etwa durch schöne Reden oder freundschaftliche Verhandlungen, sondern durch mannhafte Tat aus der Welt zu schaffen. Im Unterhause führen der frühere Luftfahrtminister Hoare bei der Debatte über die Luftverteidigung Englands aus: Allgemein gesprochen befinden sich in Frankreich im gegenwärtigen Augenblick etwa 1000 Frontalflugzeuge gegen wenig mehr als 100 Maschinen in England; jedes Mitglied des Hauses wurde einstimmen, daß dies eine bedenkliche Ungleichheit sei. Dies ist eine sehr deutliche und berechnende Tatsache, die jedes Mitglied des Hauses erwidern mußte.

Der Vertreter der neuen Regierung, der Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium Loach, trat daraufhin nicht etwa in unbedingte Demutationen aus, er erklärte vielmehr kurz und bündig, der Ausbau der Luftkisten werde in einer Weise fortgesetzt werden, wie ihn die letzte Regierung vorgezogen habe. Zwar werde die neue Regierung sich jede Bewegung zugunsten der Verminderung der Rüstungen junger machen, für den Augenblick inbehalten sie feinerliche Veränderung in der Politik der Regierung über die Pläne zur Ausbeugung des Luftfahrzeugs nachsichtig. Das ist eine englische Antwort auf die Phrasen: „Nie wieder Krieg“, die wahrhaftig auch in Deutschland zu denken geben sollte.

Ende des englischen Arbeiterstreiks.

London, 21. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Offiziell wird in London mitgeteilt, daß der Arbeiterstreik beendet ist. Die Arbeiter haben in allen Punkten ihre Forderungen durchgesetzt.

